

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 107A

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an
Otto Sehmus, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Vermehrte Züchtung der Gelben. — Hilfsdienstgesetz und Reichswochenhilfe. — Versucht keine Karlose, die zum Tode führt! — Arbeit für Preisprüfungsstellen! — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Zur Ernährungsfrage. — Kriegs- und Friedenswirtschaft. — Kriegswochenhilfe. — Kriegswirtschaft. — Kriegshilfe. — Internationale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Verbandsanzeigen. — Privatanzeigen. — Unterhaltungsteil: Proletarierleben.

Vermehrte Züchtung der Gelben.

Die Züchtung der gelben Organisationen zur Schädigung der Arbeiterinteressen soll nun unter der Schirmherrschaft der Unternehmerorganisationen sehr entschieden gefördert werden. Der Wortlaut eines Schreibens der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ zeigt der deutschen Arbeiterschaft, was gegen sie im Anzuge ist. Hier ist er! Das Schreiben lautet:

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Berlin W. 8, den 10. November 1916.

Euer Hochwohlgeborenen

haben den Betrag von 10 Mk. für den Förderungsausschuß der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung im letzten Jahre vor dem Kriege gespendet. Unter Zustimmung des Förderungsausschusses, der seine Tätigkeit für die Kriegszeit eingestellt hat, hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Sammlung von Beiträgen für die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung übernommen.

Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht, so daß sie schon ihrem Umfang nach den kämpfgewerkschaftlichen Organisationen an die Seite gestellt werden kann. Dieser Fortschritt ist trotz außerordentlicher Hindernisse erstritten worden. Immer mehr und mehr haben vaterländisch und wirtschaftsfriedlich denkende Kreise des öffentlichen Lebens eingesehen, von welcher segensbringenden Wirkung für den Fortschritt unseres Wirtschaftslebens, der auf den Frieden der Beteiligten gegründet sein muß, der Zusammenschluß wirtschaftsfriedlich denkender Arbeiter ist. Sowohl bei verschiedenen Parteien des Reichstages als auch in den Landtagen hat die Bewegung willige Unterstützung gefunden. In einer großen Versammlung am 1. Oktober 1915 in Berlin haben namhafte Vertreter aus allen Gesellschaftskreisen, Männer des öffentlichen Lebens und der Industrie von neuem ihre volle Sympathie mit den Bestrebungen der wirtschaftsfriedlichen Verbände zum Ausdruck gebracht und deren tatkräftige Unterstützung zugesichert. Ist schon während des Krieges die Förderung aller auf den Wirtschaftsfrieden gerichteten Bestrebungen eine Hauptpflicht aller deutschen Gesellschaftskreise, so wird es besonders nach dem Kriege nötig sein, in Anbetracht der von allen Seiten auf die schaffende Arbeit herein drängenden Erschwerungen und Belastungen, im Hinblick auf die sicher zu erwartenden großen wirtschaftlichen Kämpfe alle Kraft zu sammeln, die auf dem Boden eines friedlichen Zusammenarbeitens aller sozialen Schichten stehen.

In dieser Erkenntnis hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sich die Förderung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung angelegen sein lassen und es gern übernommen, sich dem Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände als der Spitze der wirtschaftsfriedlichen Organisationen beratend und unterstützend zur Seite zu stellen. Die Förderung muß sich auch auf das finanzielle Gebieten erstrecken, da die wirtschaftsfriedlichen Verbände heute noch nicht in der Lage sind, aus den Beiträgen ihrer Mitglieder die finanziellen Kosten in vollem Umfang allein zu tragen und ihren Mitgliedern angemessene materielle Vorteile zu sichern. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist deshalb beauftragt worden, in den der Bewegung freundlich gesinnten Kreisen eine Sammlung einzuleiten, die eingehenden Gelder zu verwalten und dem Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände nach Bedarf zur Verfügung zu stellen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat selbst einen namhaften Zuschuß bewilligt, andere Verbände und Einzelpersonen haben gleichfalls größere Beträge in Aussicht gestellt.

Wir wenden uns nunmehr auch an Sie mit der Bitte, wie früher einen Zuschuß für die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung zu bewilligen und diesen Zuschuß uns zur Verwaltung und Verwendung übermitteln zu wollen. Zu diesem Zweck hat die Vereinigung bei der Dis-

kontogemeinschaft in Berlin W. 8, Unter den Linden 35, ein besonderes Konto „H“ eingerichtet, an welches wir bitten würden, falls unsere Bitte Erfüllung findet, den bewilligten Beitrag einzusenden.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.
E. Garmis, 1. Vorsitzender.

So klar, wie in diesem Schreiben, ist noch nie hervorgetreten die enge Gemeinschaft der organisierten Unternehmer mit den gelben Organisationen von Arbeitern, die den Zweck haben, der Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen, wenn sie es, der Not gehorchend, unternimmt, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzusetzen. Wir lesen, daß es sich die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat angelegen sein lassen, der Leitung dieser, die Arbeiterinteressen schädigenden Organisation beratend und unterstützend zur Seite zu treten. Wir hatten es schon immer gesagt, aber daß es uns nun die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände selbst sagt, das ist sehr wichtig. Jetzt wissen wir es von den Unternehmern selbst, daß die Unternehmerorganisation der belebenden Geist der Gelben sein wird bei den Aktionen der Arbeiter, oder mit anderen Worten, daß die gelben Arbeiterorganisationen das Werkzeug der Unternehmerorganisationen sein werden, um nach dem Kriege die Arbeiterklasse wirtschaftlich niedriger zu halten. Wir danken für diese Belehrung; sie wird den Arbeitern die Augen öffnen und sie abhalten, sich zur Schädigung ihrer Berufskollegen, ja sogar zur eigenen Schädigung mißbrauchen zu lassen. Wir danken für die Mitteilung, daß es Unternehmern Geld sein wird, welches die Gelben zusammenhält, um sie zur Sturmtruppe für Geldsachinteressen zu mißbrauchen. Wir danken für die Mitteilung, daß sich die Förderung der gelben Arbeiterorganisation auch auf das finanzielle Gebiet erstreckt und daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände selbst einen namhaften Zuschuß bewilligt hat. Es ist sehr wertvoll, zu wissen, daß andere Unternehmerverbände und einzelne Unternehmer gleichfalls schon größere Beträge in Aussicht gestellt haben. An Judaslohn wird's da also nicht fehlen; wir hoffen aber, daß sich wenig Arbeiter finden werden, die Verlangen haben danach. Es ist ja übrigens ganz besonders bezeichnend, daß in dem Schreiben gesagt wird, die Unternehmerbeiträge für die Gelben sollen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Verwaltung und Verwendung überhandt werden. Demnach liegen die Verhältnisse also so, daß die Unternehmerorganisation sogar die Verwaltung der Streikbruchmittel in den Händen behält. Eigentlich ist das ganz gut so. Denn nun ist es doch erwiesen, daß es sich bei den Gelben um eine von den Unternehmern gegründete und unterhaltene Schutztruppe gegen die Arbeiter handelt. Es ist Lug und Trug, wenn man später behaupten sollte, es wäre eigene Initiative der Arbeiter, wenn die Gelben den streikenden Arbeitern in den Rücken fallen. Nein, dann wird solche Handlung anbefohlen sein von den Geldgebern der Gelben, von den Unternehmern.

Segensbringende Wirkung soll die Tätigkeit der Gelben bringen. Ja, für den Geldsack der Unternehmer, aber nicht für die Lebenshaltung der Arbeiter, und deshalb auch nicht für unser Wirtschaftsleben. Wo wäre denn heute unser Wirtschaftsleben, wo wäre denn heute das Deutsche Reich, wenn in den letzten Jahrzehnten die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gestanden hätte unter der die Geldsackinteressen fördernden Wirkung der Gelben? Körperlich verkommen und geistig verkümmert würde die deutsche Arbeiterschaft dagestanden haben am Beginn des Krieges, und Deutschland würde nicht imstande gewesen sein, dem konzentrischen Druck seiner Widersacher mit dem jetzigen Erfolg standzuhalten. Diese Tatsache wollen wir doch nicht verdunkeln lassen. Und wir glauben, daß sich auch im Volke die Ueberzeugung Bahn brechen wird, daß die Rückkehr zur Friedenswirtschaft nicht auch wieder die Rückkehr zu der Anarchie im Arbeitsverhältnis sein darf. Wir glauben, daß die Rolle der Gelben, als der Beschützer dieser Anarchie im Arbeitsverhältnis ausgespielt sein wird. Wir glauben, daß im Rechtsempfinden unseres Volkes nach dem Kriege kein Platz mehr vorhanden sein wird für die Anschauung, die brave deutsche Arbeiterschaft wieder ohne öffentlichen Rechtsschutz derselben Unternehmern willkür auszuliefern, wie das vor dem Kriege der Fall war. Soll das „Recht des Stärkeren“ auch nach dem Kriege wieder das Mittel sein zum Austragen von Differenzen aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis? Soll wieder mit Ausrüppungen, mit schwarzen Listen, mit Materialsperrung und polizeilichen Repressalien aller Art gegen die Arbeiter ge-

wütet werden können, denen man ein Entgegenkommen auf ihre Wünsche verjagt? Oder soll nicht endlich ein geordneter Rechtsweg geschaffen werden für die Austragung der Streitfragen aus dem kollektiven Arbeitsvertrage? Auch wir sind der Meinung, daß unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege solche Eisenbarrieren nicht aushalten wird, wie sie zur Durchsetzung des Herr-im-Hause-Standpunktes notwendig sind. Man befindet sich auch im Irrtum, wenn man glaubt, nach dem Kriege die Arbeiter wieder unter die Diktatur dieses Herr-im-Hause-Standpunktes stellen zu können. Die Arbeiterschaft weiß, daß an die schaffenden Arbeiter nach dem Kriege von allen Seiten Erschwerungen und Belastungen der Existenz herandrängen werden. Enorm hohe Steuern werden das Lohnneinkommen erheblich kürzen. Die Steuerung wird erst nach Jahren langsam weichen und der Lohndruck wird nicht ausbleiben, weil die Unternehmer beabsichtigen, nach dem Kriege möglichst großen Anteil an dem Kontingent der privatkapitalistischen Produktionsweise zu erlangen, und es, wie früher, zu erlangen hoffen durch Unterbietung der Konkurrenz. Einem solch konzentrischen Druck auf die Existenz der Arbeiter müssen diese Gegendruck entgegensetzen, sonst gehen sie zugrunde. Und da, wie sich gezeigt hat, der Bestand der staatsbürgerlichen Gesellschaft nicht abhängig ist von dem Wohlergehen der Kapitalistengruppe, sondern abhängig von dem Wohlergehen der wirklich schaffenden Arbeit, nämlich von den Arbeitern, so hat die Gesellschaft die Verpflichtung, nach dem Kriege einen Rechtsweg zu schaffen für das Weisere von Streitfragen aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis. Die Gesellschaft darf nach dem Kriege nicht mehr mit verschränkten Armen zusehen, wie die Lebensmöglichkeit der Arbeiter beeinträchtigt wird durch die Gewinnjucht der Unternehmer. Nicht durch gelbe Organisationen, sondern durch Schaffung von Rechtsmitteln zur Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten kann der wirtschaftliche Friede aufrechterhalten werden.

Pflicht der Arbeiter ist es, die Notwendigkeit für die Schaffung solcher Rechtsmittel herbeizuführen. Das tun sie am sichersten, wenn sie sich nicht den Gelben anschließen, sondern die Treue bewahren ihren Berufskollegen und -kolleginnen und in die Gewerkschaften eintreten, die unter der alleinigen Leitung von Arbeitern stehen. Denn nur wenn die Arbeiter durch Zusammenraffen aller Personen im Beruf eine große wirtschaftliche Macht bilden und damit die Gewähr bieten, die kommenden großen wirtschaftlichen Kämpfe, von denen das obige Schreiben spricht, erfolgreich zu bestehen, wird man gezwungen sein, die Interessen der Arbeiter zu respektieren. Für die deutschen Textilarbeiter ist der Deutsche Textilarbeiterverband diese Organisation.

Tretet ein!

Hilfsdienstgesetz und Reichswochenhilfe.

Die durch das Hilfsdienstgesetz ausgesprochene Arbeitspflicht der männlichen Staatsangehörigen schafft für diese ähnliche Verhältnisse, wie sie für die Kriegsdienst leistenden männlichen Staatsangehörigen bereits bestehen. Es erscheint deshalb nicht unangebracht, daß soziale Einrichtungen für die Familienangehörigen der dem Reiche Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leistenden Männer auch auf die Familienangehörigen der unter das Hilfsdienstpflichtgesetz fallenden Männer ausgedehnt werden. Diese Ermüdung hat auch wohl den Deutschen Bund für Mutterschutz veranlaßt, an den Bundesrat heranzutreten mit dem Ersuchen,

„eine Verordnung zu erlassen, durch welche minderbemittelte Wöchnerinnen der auf Grund des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst zum Hilfsdienst herangezogenen Männer, desgleichen die unehelichen Kinder solcher Hilfsdienstpflichtigen des Anspruchs auf Reichswochenhilfe in dem durch die Verordnung vom 25. April 1915 festgesetzten Umfange teilhaftig erklärt werden.“

In der Begründung wird zunächst auf die außerordentlich günstige Wirkung der Kriegswochenhilfe hingewiesen, der es zu verdanken ist, daß die Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich trotz aller Entbehrungen der Kriegszeit nicht gestiegen, sondern sogar zur rückgegangen ist. Es wird sodann betont, daß unter den zum Heeresdienst Einberufenen sich viele Hunderttausende befinden, die auch nicht an der Front kämpfen, sondern als Beamte, Garnisdienstfähige, Arbeitsverwendungsfähige usw. ihre Dienste zu leisten haben. Auch ihre Familien erhalten, wenn die sonstigen Voraussetzungen dafür gegeben sind, Kriegswochenhilfe. In einer nicht viel anderen Lage befinden sich aber vielfach die Familien der zum vaterländischen Hilfsdienst Einberufenen. Sie müssen zum

Teil den bisherigen Ort ihrer Tätigkeit verlassen, sollen auch an Stelle von Seeresdienstpflüchtigen in den Etappen Verwendung finden, um Kräfte für die Front frei zu machen.

Dann heißt es mit Bezug auf die durch Gesetz vom 4. August 1914 für die Dauer des Krieges aufgehobenen Mehrleistungen der Krankeassen weiter:

Die Ausdehnung der Reichswochenhilfe auf die Familien der Hilfsdienstpflüchtigen würde aber auch noch aus einem anderen Grunde einen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit darstellen. Viele Klassen hatten vor Kriegsbeginn in ihren Statuten die Bestimmung, daß die Wochenhilfe auch an unverheiratete Ehefrauen ihrer Mitglieder zu gewähren sei. Diese „Mehrleistung“ ist durch Gesetz vom 4. August 1914 betr. Sicherung der Leistungsfähigkeit der Klassen für die Dauer des Krieges aufgehoben worden.

Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der sozialen Forderung, die Reichswochenhilfe einem größeren Personenkreise zugänglich zu machen, seien unsere Kolleginnen darauf hingewiesen. Unsere Organisation hat, wie bekannt, schon verschiedentlich versucht, die Ausdehnung der Reichswochenhilfe zu fordern. Durch das Hilfsdienstgesetz ist nach der oben wiedergegebenen Begründung die Erweiterung der Reichswochenhilfe erneut Gegenstand der Forderung geworden.

Martha Soppe

Verfucht keine Narkose, die zum Tode führt!

Als das vaterländische Hilfsdienstgesetz beschlossen war, gab der Braunschweiger „Volkstreund“ einem Vorschlage Raum, die Beiträge an die Gewerkschaften auf so lange zu sperren, wie das Gesetz Geltung haben würde. Man fragte sich zwar erstaunt, warum denn die Gewerkschaften unter der Herrschaft des neuen Gesetzes nutzlos sein sollten.

Der „Volkstreund“ hat die Auffassung eines Arbeiters veröffentlicht aus den Gründen, wie sie oben angegeben sind. (Er wollte angeblich nur eine Diskussion über die Frage eröffnen. Red. des „V.“) Er identifiziert sich keineswegs mit diesen Auffassungen. Schon in Nummer 302 veröffentlichte er die Einwendungen eines in Braunschweig hervorragend gewerkschaftlich tätigen Genossen.

Proletarierleben.

Von Michael v. d. Meulen.

I.

Mittlerweile ging der Bau der Bahn seinem Ende entgegen. Da mit einem Male kam eine große Erregung unter die Leute. An einem Samstag, welcher Lohnungstag war, wurde nach Feierabend den Arbeitern bedeutet, es sei kein Geld angekommen, deshalb könne nicht ausgezahlt werden. Die Leute mußten ohne ihren fauer verdienten Lohn nach Hause gehen.

Die Gesellschaft hatte, ehe die Bahn fertig war, Bankrott gemacht. Die Arbeiter waren um ihren fauer verdienten Lohn betrogen und haben nie einen Pfennig erhalten. Auch viele Grundbesitzer, welche der Bahn ihr Land verkauft hatten, waren um den Kaufpreis geprellt worden.

An einem bestimmten Tage sollte auf einer Teilstrecke eine Probefahrt stattfinden. Viele hatten sich aus Neugierde eingefunden. Doch die bereitstehende Lokomotive bewegte sich nicht vom Fleck, trotzdem die Feuerung mit aller Macht geschürt wurde.

Wie weit diese Ansicht den Tatsachen entspricht, kann ich nicht beurteilen, doch genug, an diesem Tage konnte die Probefahrt nicht stattfinden.

Mein Vater hatte mittlerweile wieder Arbeit als Weber erhalten. Da saßen meine Eltern den Entschluß, nach Arefeld

Kriege das Kapital und das Unternehmertum an Macht bedeutend gestärkt hervor gehen werden, macht es zur dringendsten Pflicht, die gewerkschaftlichen Organisationen stark zu erhalten und dieselben geistig und organisatorisch zu entschloffenen Kampfesorganisationen auszubauen.

Das ist gewiß die innerste Ueberzeugung des Braunschweiger „Volkstreundes“. Sie war es wohl auch, als er den erwähnten Vorschlag veröffentlichte, lediglich „um eine Diskussion zu eröffnen“. Alle Achtung vor der uneingeschränkten Meinungsfreiheit, die der „Volkstreund“ wohl gelten lassen wollte.

Der Schaden ist ja nicht eingetreten, weil die Arbeiter doch schon mehr den Rinderschäben entwachsen sind als der Braunschweiger „Volkstreund“, und weil sie den Vorschlag gar nicht ernst genommen haben. Sie haben sich nicht denken können, daß es in Deutschland einen wirklichen Arbeiter gibt, der gewillt wäre, eine sechzigjährige Organisationsarbeit durch Nachgeben einer vorübergehenden Verstimmung aufzugeben.

Arbeit für Preisprüfungsstellen!

In Nr. 50 v. J. des „Textilarbeiters“ fand ich einen Aufsatz über „den Feuerungsweg des Kindes vom Stall bis in den Schlächterladen!“

Der Genosse Schaal (Solingen) hatte an einem Beispiele nachgewiesen, daß die jetzige Verteuerung des Rindfleischs eine gänzlich unbedachte Maßnahme ist. An diese Berechnung war die Bemerkung unseres Fachorgans geknüpft, daß man sich überall darum bekümmern sollte.

Mit Nachstehendem will nun Schreiber dieses ein Beispiel dafür anführen, daß es Aufgabe der Preisprüfungsstellen ist, den Dingen nachzugehen.

überzufiedeln. An einem Matitage erschien richtig ein Gefährt, welches unsere Hochseligkeiten nach der Stadt fuhr. Zu einem Möbelwagen langte es nicht. Es war ein Gefährt, worauf die Bauern ihre Sachen zu und vom Felde fuhren. Es war notdürftig gereinigt worden und der Boden mit einer Strohschicht belegt.

Nun waren wir Städter geworden. Wir wohnten im richtigen Arbeiterviertel in der Nähe der größten Färberei von Arefeld. Da sah ich nun zum erstenmal die Arbeiter zu und von den Fabriken wandern. Mit den hohen Holzschuhen, noch extra mit drei- bis vierfach übereinandergengelagerten Lederstreifen erhöht, klapperten Hunderte von solchen Arbeitern an unserer Wohnung vorbei.

War ich bei meinen früheren Lehrern ein Schüler gewesen, mit dem man zufrieden war, so kam ich nun zu einem Lehrer, dessen pädagogische Fähigkeiten darin bestanden, daß er an einem Tage öfter Prügel austeilte, als Schüler in der Klasse waren. Die Furcht vor diesem finsterblickenden Manne war so groß, daß, wenn wir Gedächtnisaufgaben hatten, die wir auswendig lernen mußten, dann so fleißig „ochsten“, daß sie fest im Gedächtnis saßen.

Laut Bekanntmachung im „Reichs-Gesetzblatt“, Nr. 130, Jahrgang 1915, über Errichtung von Preisprüfungsstellen müssen für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern Preisprüfungsstellen errichtet werden.

Diese haben die Aufgabe, Unterlagen zu schaffen für die Preisregelung der Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs, den örtlichen Verhältnissen angemessene Preise, Gebührensätze usw. zu ermitteln.

Auf Grund vorstehender Befugnis wurde in Liegnitz aus Mitgliedern der Preisprüfungsstelle ein Ausschuss eingesetzt, der Probebeschachtungen auf dem Schlachthofe bewohnen konnte. Schreiber dieses stellte nun auf Grund genauer Aufzeichnungen bei einer Probebeschachtung von vier Rindern folgendes fest:

Ergebnis der Probebeschachtung vom 28. Nov. 1916.

| | |
|---------------------------------|-------------------------------------|
| Rind von Biedermann Nr. I: | |
| Einkaufspreis | 1191,— Mfl. |
| Unkosten | 120,69 „ |
| Gestehungspreis | 1311,69 Mfl. |
| Verkaufspreise für Verbraucher: | |
| Fleisch | 578 Pfd. à 2,35 Mfl. = 1358,30 Mfl. |
| Hauterlös | 55 „ à 0,77 „ = 42,35 „ |
| Fett | 33 „ à 1,22 „ = 40,26 „ |
| Eingefächneide | 40 — „ |
| Gesamtverkaufspreis | 1480,91 Mfl. |
| Gestehungspreis | 1311,69 „ |
| Gewinn von Nr. I | 169,22 Mfl. |

| | |
|---------------------------------|-------------------------------------|
| Rind von Ullmann Nr. II: | |
| Einkaufspreis | 588,50 Mfl. |
| Unkosten | 67,35 „ |
| Gestehungspreis | 655,85 Mfl. |
| Verkaufspreise für Verbraucher: | |
| Fleisch | 839 Pfd. à 2,35 Mfl. = 1971,65 Mfl. |
| Hauterlös | 55 „ à 0,77 „ = 42,35 „ |
| Fett | 5 „ à 0,51 „ = 2,55 „ |
| Eingefächneide | 40 — „ |
| Gesamtverkaufspreis | 2016,55 Mfl. |
| Gestehungspreis | 655,85 „ |
| Gewinn von Nr. II | 202,62 Mfl. |

| | |
|---------------------------------|-------------------------------------|
| Kleiner Dähe von Ganz Nr. III: | |
| Einkaufspreis | 855,— Mfl. |
| Unkosten | 80,45 „ |
| Gestehungspreis | 935,45 Mfl. |
| Verkaufspreise für Verbraucher: | |
| Fleisch | 501 Pfd. à 2,35 Mfl. = 1177,35 Mfl. |
| Hauterlös | 58 „ à 0,77 „ = 44,66 „ |
| Fett | 16 „ à 1,22 „ = 19,52 „ |
| Eingefächneide | 40 — „ |
| Gesamtverkaufspreis | 1281,53 Mfl. |
| Gestehungspreis | 935,45 „ |
| Gewinn von Nr. III | 346,08 Mfl. |

| | |
|---------------------------------|-------------------------------------|
| Großer Dähe Nr. IV: | |
| Einkaufspreis | 1548,25 Mfl. |
| Unkosten | 151,56 „ |
| Gestehungspreis | 1699,81 Mfl. |
| Verkaufspreise für Verbraucher: | |
| Fleisch | 870 Pfd. à 2,40 Mfl. = 2088,00 Mfl. |
| Hauterlös | 121 „ à 0,77 „ = 93,17 „ |
| Fett | 22 „ à 1,22 „ = 26,84 „ |
| Eingefächneide | 40 — „ |
| Gesamtverkaufspreis | 2208,01 Mfl. |
| Gestehungspreis | 1699,81 „ |
| Gewinn von Nr. IV | 576,60 Mfl. |

Der Erlös für Haut und Fett ist ein gleichmäßiger; es muß laut Vorschrift der Haut- bzw. Bezirksfettstelle überwiesen werden, von welcher obige Preise erstattet werden.

Unter „Eingefächneide“ versteht man: Lunge, Leber, Herz, Nieren, Euter, Kopf mit Zunge, Därme, Magen usw. Da hier ein Gewicht pro Eingefächneide von mehr als 50 Pfund

liehenen Fähigkeiten zu pflegen, trieb es der Lehrer so, daß wir jedes Vertrauen zu uns verloren und jeder zum Angsthasen wurde. Wenn ich nun der Meinung lebte, höher geht's nicht, so sollte ich bald eines anderen belehrt werden. Ich hatte mit mehreren meiner Schulkameraden beschlossen, uns nachmittags nach der Schule in einer Sandgrube zu treffen. Nachdem ich in fliegender Eile zu Hause die Spulen vollgedreht hatte, stürmte ich zu meinen Spielgefährten. Bei ihnen angekommen, steckten sie mir eine Anzahl Kirichen zu, welche sie unterwegs — gemaust hatten. Am anderen Tage, als wir das beim Anfang des Schulunterrichts übliche Gebet verrichtet hatten, wurde ich vom Lehrer aus der Bank herausgerufen. Schon aus seinem dräuenden Mienspiel erlah ich, daß Gewitterwolken über meinem Haupte schwebten. Da ich mir aber gar nichts Unrechtes bewußt war, so schaute ich ziemlich offen, wenn auch zagenden Herzens, den kommenden Dingen entgegen. Doch ich fiel wie aus den Wolken, als der Lehrer sagte, ich hätte gestern Kirichen gestohlen. Wüßartig kam mir die Erkenntnis: aha, es werden die Kirichen gemeint sein, welche du gestern mit deinen Kameraden verbergt hast. Auf mein „Nein“, das ich dem Lehrer zur Antwort gab, erfolgte ein derartiger Wutausbruch, wie ich ihn noch nie beim Lehrer erlebt hatte. Unzählige Siebe mit dem Rohrstock sausten auf mich herab. Auf Armen, Beinen, Rücken, Gesicht, am Kopfe waren noch wochenlang die Spuren dieser barbarischen Mißhandlung zu sehen. Der Wutausbruch steigerte sich bis zur Raserei, als ich beharrlich den Anschuldigungen ein: „Nein, ich bin es nicht gewesen“ entgegensetzte. Meine Kameraden zu verklammern, habe ich trotz der höllischen Tortur unterlassen. Erst später habe ich den Zusammenhang von ihren Mauerereien und meinen Prügeln erfahren. Die älteste Tochter des Birkes, aus dessen Garten meine Kameraden die überhängenden Kirichen gestohlen hatten, sah mich im Siltempo neben dem Garten laufen, als ich zu meinen Kameraden eilte, und in der Meinung, ich wäre der Dieb, hatte sie mich als solchen dem Lehrer angegeben. Aus Wut darüber, daß ich auf so ungerechte und barbarische Weise geächtigt worden war, habe ich drei Tage die Schule geschwänzt, bis man mich holen kam. Mit Ingrim und zusammengebissenen Zähnen ging ich wieder hin, in der Befürchtung, wieder mit dem spanischen Rohr Bekanntschaft machen zu müssen. Doch zu meiner großen Verwunderung tat der Lehrer, als ob gar nichts vorgefallen wäre.

festgestellt wurde, ist der Annahmepreis von 40,— Mk. sehr vorzüglich eingestellt.

Die unter jedem Einkaufspreis bemerkten Unkosten setzen sich, nach Nummern geordnet, wie folgt zusammen:

Table with columns: Unkosten, Viehverb., G. m. b. H., Schlacht-, Schlacht-, Ver- (7 Proz., 2 Proz., hofigeb., Lohn, ficherung). Rows I-IV and Summa.

Also Einkaufspreis plus Unkosten sind nun der eigentliche Gettehungspreis.

Hierbei ist nun das Fleisch bankfähig, d. h. zum Verkauf fertig. Die Fleischer kaufen es verkaufsfertig von der Fleisch-Verwertungsgesellschaft G. m. b. H. für Viegnitz zum Preise von 1,30 bis 2,— Mk. pro Pfund, je nach Beschaffenheit, Stärke usw.

Diese Höchstverkaufspreise betragen für Rindfleisch pro Pfund:

Table with columns: Rinde, Derbes ohne Knochen, Derbes mit Knochen, Roastbeef. Prices in Mk.

Es beträgt demnach der Durchschnittspreis pro Pfund 2,45 Mk. Dieser Durchschnittspreis könnte nun ohne weiteres als Annahmepreis beim Verkauf angenommen werden, da ein gut Teil des Rindfleisches, mit Schweinefleisch vermischt, zu Wurst verarbeitet wird, für welche ein bedeutend höherer Preis erzielt wird.

Trotz dieser bescheidenen Festsetzung ergab sich nun folgender Gewinn:

Table with columns: Gewinn Nr. I, II, III, IV, Summa. Values in Mk.

Also an den vier Stück Rind wurde ein Gewinn von 1284,52 Mk. erzielt, eher mehr als weniger.

Daß der Preis des Rindfleisches, der vor dem Kriege 70, 80 bis 100 Pf. für bessere Stücke höchstens betrug, jetzt bis auf 3,— bis 3,20 Mk. bei besseren Stücken hinaufgeschraubt worden war, war unverantwortlich.

Es war daher der Kritik der Arbeitervertreter im Stadtparlament wie in der Preisprüfungsstelle zu verdanken, daß der Kleinhandelspreis um zunächst 40 Pf. pro Pfund herabgedrückt wurde. Alles natürlich gegen den größten Widerstand der Interessenten.

Die wohlthätige Wirkung des Vorgehens der Preisprüfungsstelle zeigt sich hier zu deutlich, als daß unsere Kollegenchaft in anderen Orten die Wichtigkeit derselben nicht zu erkennen vermöchte.

Die „Kriegsaussschüsse für Konsumenten-Interessen“ sowie vor allem die eingesetzten „Preisprüfungsstellen“ müssen hier miteinander Hand in Hand gehen.

Wo unsere Vertreter in den Gemeindeparlamenten sitzen, können und müssen sie diese Tätigkeit wirksam unterstützen. Nur so werden wir weite Volkskreise vor unberechtigter hohen Preisen für Nahrungs- und Genussmittel in dieser schweren Kriegszeit schützen können.

Aus den Gewerkschaften.

25 Jahre Porzellanarbeiterverband.

Am 1. Januar d. J. konnte der Verband der Porzellanarbeiter auf ein 25jähriges Bestehen als Zentralverband zurückblicken. Vor dem bestanden ein Unterstützungsverband deutscher Porzellanarbeiter und ein Gewerksverein der Porzellan- und Glasarbeiter, der bis dahin dem Verbande der Hirsch-Dunderschen angehört hatte.

Der Verband hat ein gut ausgebautes Unterstützungsweesen. Rund 2 1/2 Millionen Mark wurden für diesen Zweck aufgewendet.

Auf die gefällige Eingabe vom 10. v. M. erwidere ich ergebnis, daß die Aufgabe des Reichskommissars für Übergangswirtschaft dahin begrenzt ist, daß er für die Versorgung der Industrie mit den dringendsten Rohstoffen für die ersten Monate nach Friedensschluß betraut ist.

aufwärts gegangen, bis der Krieg auch dieser gewerkschaftlichen Tätigkeit ein Halt gebot. Ein großer Teil der männlichen Mitglieder wurde zu den Waffen gerufen, ein nicht unerheblicher Teil der übrigen männlichen und auch der weiblichen Mitglieder hat durch Berufswechsel leider die Organisation im Stich gelassen.

Hoffentlich wird die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation in immer breitere Schichten auch dieser Berufsangehörigen eindringen und der Verband deshalb nach Beendigung des Krieges wieder in Reihe und Glied mit unieren anderen Zentralverbänden seine Aufgaben als Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter nach wie vor erfüllen können.

Aus der Textilindustrie.

Verlangen nach Seidenätzgaze.

Die außergewöhnlich starken Preissteigerungen der inländischen Fabrikanten für Seidenätzgaze, auf deren Verarbeitung die Spitzenindustrie als Hilfsstoff zur Herstellung von Neg- und Luftspinnen wegen des Mangels an Bourette- und Wollstoffen gegenwärtig ausschließlich angewiesen ist, hatten die Handelskammer Plauen veranlaßt, dem sächsischen Ministerium des Innern den Wunsch nach Aufhebung des Einfuhrverbots für Seidenätzgaze seitens der Reichsregierung zu unterbreiten, damit die Einfuhr derartiger Gewebe aus der Schweiz wieder ermöglicht und dadurch eine Regelung der Preise herbeigeführt werde.

Die Stärke der deutschen Leinenindustrie auch im Kriege.

Auf der Hauptversammlung der vereinigten deutschen Leinenindustriellen wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die deutsche Leinenindustrie auch durch den Krieg keine Einbuße erfahren hat, sondern sich sogar kräftig weiterentwickeln konnte. Der Verband ist an Mitgliedern heute stärker als vor Eintritt der Weltkatastrophe.

Zur Ernährungsfrage.

Mangel und Überfluß — Preisunterschiede.

Wie kommt es, daß gewisse Nahrungsmittel an einem Orte kaum zu haben sind, in einem anderen aber in Fülle? Wie kommt es, daß sie in einem Orte viermal so viel kosten wie in einem anderen?

In Berlin z. B. ist ein gewisser Kaffeeersatz (Gerste) nicht zu haben, in einem märkischen Dorfe, von Berlin nur zwei Meilen entfernt, in jeder Menge und zu einem mäßigen Preise. Die Ware kommt aus München. Ein Sering ist in Berlin viermal so teuer wie in jenem Dorfe.

Kriegs- und Friedenswirtschaft.

Das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft und die Arbeiterfrage.

Auf eine Eingabe aller großen Gewerkschaftszentralen und Angestelltenverbände jeder Richtung, ferner des Bureaus für Sozialpolitik und der Gesellschaft für soziale Reform, betreffend Zugleichung von Arbeiter- und Angestelltenvertretern zu der neuen Dienststelle für Übergangswirtschaft hat jetzt der Reichskanzler folgende Antwort gegeben, die in der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht wird:

Auf die gefällige Eingabe vom 10. v. M. erwidere ich ergebnis, daß die Aufgabe des Reichskommissars für Übergangswirtschaft dahin begrenzt ist, daß er für die Versorgung der Industrie mit den dringendsten Rohstoffen für die ersten Monate nach Friedensschluß betraut ist.

nach der in der Eingabe angezogenen Ausschussführung am 14. Oktober im Reichstage erklärt hat, an erster Stelle die Arbeiterfrage. Dieser Bedeutung entsprechend wird sie im Reichsamt des Innern schon bisher bearbeitet.

Kriegswochenhilfe.

Der Begriff „minderbemittelt“.

Nach einem Erlaß des preußischen Ministers des Innern zu der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 23. April 1915, betreffend die Wochenhilfe während des Krieges auf alle minderbemittelten Wöchnerinnen, deren Ehemänner Kriegsdienste leisten, sind unter solchen Wöchnerinnen Frauen zu verstehen, deren Ehemänner vor ihrem Dienst- eintritt nicht mehr als 2500 Mk. Jahreseinkommen hatten.

Kriegswirtschaft.

Das Lob der Arbeiterkraft.

In ihrer „Wirtschaftspolitischen Wochenschau“ behandelt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Umstellung der deutschen Industrie auf die Bedürfnisse des Krieges.

„Allerdings nicht die Führer und Leiter allein können das Verdienst dieser ungeheuren Leistung für sich in Anspruch nehmen. Die besten Offiziere vermögen nur zu siegen, wenn sie die tüchtigsten und tapfersten Soldaten hinter sich haben.“

Die deutschen Industrielleiter führen eine Arbeiterarmee, die an technischem Können, an Bildung und Geschicklichkeit, wie an Pflichtbewußtsein und Vaterlandstreue die jedes anderen Landes übertrifft. Die Größe ihres Schaffens soll und darf hinter dem, was die organisierten Kräfte der Industrie geleistet haben, nicht zurücktreten.

Der Hilfsdienst ist eine neue Probe auf dieses Pflichtgefühl. Er bringt Beschränkungen und Verzichte, an deren Möglichkeit noch vor wenigen Monaten niemand gedacht hat; er stellt die Arbeitskraft jedes einzelnen unter die Verfügungsgewalt der Allgemeinheit.

Die deutsche Arbeiterkraft hat sofort und allgemein begriffen, daß diese neuen Opfer für das Vaterland und seine Zukunft nötig sind, und sie hat sie ohne Zögern frei und freudig auf sich genommen.

Arbeiter- und Angestelltenverbände, die zusammen vier Millionen Arbeitnehmer vertreten, haben sich in diesen Tagen in Berlin versammelt, um ihren festen Willen zur Mitwirkung an der Durchführung der Hilfsdienstpflicht zu bekunden und über die Form dieser Mitwirkung zu beraten. Sie sind damit nur folgerichtig auf dem Wege weitergegangen, den die deutsche Arbeiterkraft von Kriegsbeginn an eingeschlagen hat und von dem sie dann während der ganzen Jahre des Kampfes niemals abgewichen ist.

Diese Darstellung des Regierungsblattes entspricht im allgemeinen durchaus den Tatsachen. Sie schmeichelt nicht, um irgend etwas zu erreichen, sondern ist lediglich gerecht und sagt was wahr ist.

Die Frage der Zukunft wird nur sein, ob die herrschenden Klassen auch nach dem Krieg bereit sein werden, ohne allzu langes Sträuben die nötigen Folgerungen aus den Kriegserfahrungen zu ziehen.

Der Bittelbrief des Vereins der deutschen Arbeitgeberverbände zum Zwecke der Züchtung gelber Organisationen, jener Bittelbrief, den wir an anderer Stelle abdrucken und dessen Tragweite für das zukünftige Verhältnis der Kapitalisten zu den Arbeitern wir auseinandersetzen, beweist, daß die Arbeiter von der herrschenden Klasse Verständnis nicht zu erwarten haben.

Kriegshilfe.

Eine Stickerfachschule für kriegsbeschädigte Sticker.

Ein volles Jahr steht die städtische Stickerfachschule in Auerbach im Dienste der Kriegshilfe. Am 7. Januar 1916 wurden die vom Verein „Heimatdank“ für die Amtshauptmannschaft und die Stadt Auerbach eingerichteten Kurse eröffnet. Seit dieser Zeit haben 43 kriegsinvaliden Sticker die Förderung der Stickerfachschule genossen.

Die Sticker, welche an Kursen teilgenommen haben, hatten folgende Verletzungen:

- 2 Verlust des linken Armes, 2 Beschädigung des linken Armes bis zur Unbrauchbarkeit, 3 Beschädigung der linken Hand,

- 2 Verlust des rechten Armes,
- 2 Beschädigung der rechten Hand,
- 1 Verlust des rechten Beines,
- 2 Bein- oder Fußbeschädigung,
- 2 Schäden, welche das Herz beeinträchtigten.

Drei dieser Sticker mußten von Handmaschine auf Schiffenmaschine umlernen.

Um die Sticker ihrem erlernten Gewerbe zu erhalten, mußten Hilfsapparate an den Maschinen, erfunden werden, welche die Tätigkeit der fehlenden Hand oder des fehlenden Armes zu übernehmen hatten. So wurde der Plattstichhebel mit einem Apparat versehen, der sich mit dem rechten Fuße bewegen läßt. Ferner wurde für die Kappler-Maschinen ein automatisches Bohrzeug und für die Plauenischen Maschinen ein Mechanismus zum Festhalten des Hebels am Bohrzeug beschafft. Neuerdings schafft die Schule einen Lastgeber für den rechten Fuß, der sich an jede Stickermaschine anschrauben läßt und bewirkt, daß der einarmige Sticker den Arbeitsgang seiner Maschine mit seinem Fuße so spürt, daß er den Pantographen rechtzeitig fortsetzen kann.

Sechs handbeschädigten Stickern hat die Stickerfachschule zum Teil unter Mitwirkung des Herrn Sanitätsrats Dr. Gangele-Zwickau bei der Beschaffung und Anfertigung zweckmäßiger Bandagen und anderer Behelfe mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Das Gesamtergebnis ist als ein recht befriedigendes zu bezeichnen, zumal wenn man berücksichtigt, daß jeder kriegsinvalid Sticker seiner Verletzung entsprechend individuell behandelt werden muß.

Internationale Rundschau.

Französischer Gewerkschaftskongreß für Friedensverhandlungen.

Eine erfreuliche Kunde kommt aus Frankreich. Zu gleicher Zeit, wo der sozialdemokratische Parteitag in Paris tagte und eine Resolution beschloß, die mehr im Sinne der Hebung und Eroberungspolitik gehalten ist, fand dort auch ein Kongreß des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes (Confederation Generale du Travail) statt. Der Hauptleiter des Bundes, Generalsekretär Joughaux, hat sich mit seinen engeren Freunden bei Kriegsbeginn plötzlich vom Antimilitaristen und antipatriotischen Anarchosyndikalisten zu einem Patrioten „entwickelt“, der nicht nur die (selbstverständliche) Pflicht zur Vaterlandsverteidigung bejaht, sondern darüber hinaus nun im nationalistischen Fahrwasser segelt, mit den Deutschen absolut nichts mehr zu tun haben wollte, für die Schaffung einer besonderen Gewerkschaftsinternationale unter Ausschluß der deutschen und österreichisch-ungarischen Gewerkschaften eintrat. Allmählich ist aber auch in der französischen Arbeitererschaft der Glaube an die untadelige Engelsenkschuld der heimischen Kriegspolitiker so stark ins Wanken gekommen, daß aus Gewerkschaftskreisen gegen Joughaux usw. lebhaft protestiert, von ihm eine mehr friedensförderliche Haltung gefordert wurde. Auf dem Kongreß hatte er sich gegen diese Proteste zu verteidigen, aber hier erklärte auch er, daß er sich im August 1914 über die wahren Kriegsurachen im Unklaren befunden habe. (Joughaux wird also inzwischen auch eingesehen haben, daß die patriotische Erzählung von der völligen Unschuld der französischen Regierung an dem Weltkrieg ein Märchen ist.) Weiter erklärte nun Joughaux, wenn die schweizerischen Gewerkschaften einen internationalen Gewerkschaftskongreß einberufen, so würde er (Joughaux) der Einladung folgen, um auch mit den deutschen Gewerkschaftern über die Friedensfrage zu sprechen. Der Metallarbeitersekretär Herrheim, der schon immer gegen die Kriegspropaganda wirkte, schilderte das Kriegsgeschehen in Frankreich und erklärte, je länger der Krieg dauere, desto mehr werde Frankreich leiden, ohne daß Deutschland besiegt würde. Es müsse ein Frieden durch Verständigung geschlossen werden. Le Guery, Redakteur des gewerkschaftlichen Zentralblattes „Matraile“, jagte, es müsse von der Regierung gefordert werden, daß sie ihre Kriegsziele bekanntgebe. „Wir waren gestern gegen den Krieg und sind es heute noch. Wir wollen den Frieden ohne Annexionen!“ Der Leiter des Buchdruckerverbandes, Reufer, vor dem Kriege ein scharfer Gegner der anarchosyndikalistischen Agitation, erklärte: „Ich war Anhänger der Hebung. Aber angesichts der Entwicklung des Militarismus, angesichts der Massentötung habe ich diesen Gedanken ausgegeben. Ich denke, daß unsere revolutionären Gewerkschaftsführer so handelten, wie sie es getan haben, weil sie sahen, daß Frankreich einem Angriff ausgesetzt war. Aber sie hätten schon früher gegen die Eroberungszüge in den Kolonien auftreten sollen, die vielleicht eine der Ursachen des gegenwärtigen Krieges sind.“

Nach weiterer Debatte faßte der Kongreß einstimmig folgenden Beschluß:

„Wir nehmen Kenntnis von der Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die die kriegführenden Nationen einladet, die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen der Krieg ein Ende nehmen könnte. Wir verlangen von der französischen Regierung, die Note im günstigen Sinne zu beantworten und gleichzeitig die Initiative zu ergreifen, bei ihren Verbündeten im gleichen Sinne zu wirken, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen. Wir erklären, daß der Bund der Nationen, der eine der Sicherungen eines endgültigen Friedens ist, nur zustande kommen kann, wenn die Unabhängigkeit, die Gebietsunversehrtheit und die politische und wirtschaftliche Freiheit aller Nationen, der großen wie der kleinen, gesichert sind. Die auf dieser Konferenz vertretenen Organisationen verpflichten sich, diese Idee zu unterstützen und sie unter den Arbeitermassen zu verbreiten, um der unsicheren und zweideutigen Lage, die nur der geheimen Diplomatie nützt und gegen die sich die ganze Arbeiterklasse erhebt, ein Ende zu machen.“

In diesem Beschluß dokumentiert sich ein Fortschreiten der Vernunft, was im Interesse der leidenden Menschheit nicht freudig genug begrüßt werden kann. Diese französischen Gewerkschaftsvertreter wenden sich gegen Annexionen, gegen die politische und wirtschaftliche Vernichtung des sogenannten „Erbslandes“ und fordern von der Regierung ihres Landes die Beschleunigung des Friedensschlusses. Damit haben sich die französischen Gewerkschaftsvertreter endlich auf den prinzipiellen Standpunkt gestellt, den die deutschen Gewerkschaften seit Kriegsbeginn eingenommen haben. Soffentlich lassen sie sich nicht wieder von ihm abdrängen — durch die Entente-Note an Wilson.

Berichte aus Fachkreisen.

Aachen. Dem Jahresbericht unserer Ortsverwaltung entnehmen wir: Kurz zusammengefaßt wollen wir für spätere Zeiten das wesentlichste aus 1916 festhalten.

Es waren in der heimischen Textilindustrie beschäftigt:

| | männl. | weibl. | zusammen |
|---------------|--------------|--------|-----------------|
| Juli 1914 | 6849 | 7588 | 14 737 Personen |
| Dezember 1916 | 2298 | 4506 | 6 804 |
| | weniger 4451 | 3303 | 7 754 Personen |

Im August 1916 wurden bei einer Webstuhlstatistik unsererorts in 54 Tuchfabriken und Webereien gezählt 5030 Webmaschinen. Davon waren mit Arbeit belegt in Tätigkeit 1974 Webmaschinen gleich 39,2 Proz. Ohne Arbeit und Tätigkeit standen 3056 Webmaschinen gleich 60,8 Proz. Weibliche Personen waren beschäftigt an 924 Webmaschinen. Mit Zivilware waren belegt 104 Webmaschinen. Mit Militärware waren belegt 1870 Webmaschinen.

In 40 Betrieben wurde für die gleiche Arbeit (Militärtextil) pro 1000 Schuh gewebtes Maß bezahlt:

| In 9 Betrieben | unter 12 Pfennig |
|----------------|------------------|
| 7 | 12—13 |
| 6 | 13 1/2 |
| 6 | 14—14 1/2 |
| 9 | 15 |
| 8 | 16 |

Bei den übrigen war genaueres nicht angegeben.

Ende Juli wurde in der Aachener Tuchindustrie auf Antrag der beiden Textilarbeiterverbände und nach vorhergegangener Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband eine Kriegsteuerungszugabe bezahlt in Höhe von 10 bis 15 Proz. des Verdienstes.

Am 1. Februar 1916 trat in Aachen die Erwerbslosenunterstützung für Textilarbeiter in Kraft. Dieselbe war von uns schon 1915 in Eingaben begründet und beantragt. An der Einführung derselben konnten die Organisationen der Textilarbeiter zum Nutzen der Gesamttextilarbeiterbevölkerung arbeiten.

Für die Textilarbeiter in Laurenberg, Roshöhe, Richterich und vor allem aber in Neutral-Moresnet mußten wir einen hartnäckigen Kampf führen, um ihnen in bezug auf die Erwerbslosenunterstützung zu ihrem Recht zu verhelfen. Ueberall war die Verhandlungsleitung auf dem Platze; nur zu wenig wird es von den Berufskollegen anerkannt.

Es fanden 1916 statt: 30 öffentliche Versammlungen, 6 Mitgliederberausammlungen, 19 Fabrikberausammlungen, 33 Vorstandssitzungen, 7 Ausschusssitzungen, 146 sonstige Versammlungen und Sitzungen, 40 Verhandlungen mit Behörden, 5 Verhandlungen mit Unternehmern, 1 Gerichtsverhandlung. Die Tätigkeit, die in öffentlichen und kommunalen Kommissionen im Interesse der gesamten Bevölkerung geleistet werden konnte, ist ohne allen Zweifel von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Auch hier wird unsere Arbeit von den Kollegen zu wenig beachtet.

Für Holländer und Luxemburger mußten wir uns, weil an der Grenze, besonders an die dortigen Regierungen mit Eingaben und mit persönlichen Verhandlungen mit dem Konsul wegen Unterstützung und anderer Fragen wenden. Eine Anzahl von Eingaben auf den verschiedensten Gebieten mußte erledigt werden. Die Frauen unserer eingezogenen Kollegen nahmen unsere Rat- und Hilfeleistung stets gern in Anspruch.

Im Jahre 1891, am 31. August, wurde hier in Aachen in einer öffentlichen Textilarbeiterberausammlung eine Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegründet. In der Nummer 13/14 unseres Fachblattes vom 7. April v. J. wurde das Ereignis gebührend gewürdigt. Die erste Ortsverwaltung bildeten die Kollegen: Eugen Schreiber als Bevollmächtigter, Leonhard Keller als Kassierer und Heinrich Ehrlich als Schriftführer.

Die ersten Unterfasser des Verbandes waren die Kollegen Begeffe, König, Franz, Litberg, Scholl und Legband. Von den alten Kämpfern der damaligen Zeit ist heute noch mancher treues Mitglied des Verbandes. Durch alle Stürme, Drangsale und Widerwärtigkeiten hindurch haben sie sich die Treue für den Verband bewahrt. Ihrer aller, auch der hier nicht genannten, wollen wir in Liebe gedenken und an ihrer Treue und an ihrem Pflichterfüllen uns ein Beispiel nehmen.

So jährt zum 25. Male, mitten im Weltkrieg, der Tag, wo aus Not und Drang heraus auch hier in Aachen der Deutsche Textilarbeiterverband gegründet wurde und wo auch gleich hier eine Anzahl von Textilarbeitern erkannte, daß für sie der Platz in einer großen, sich über das ganze Reich erstreckenden Organisation sein müsse. Mit Stolz erfüllt dürfen wir sagen, der Verband hat seine Pflicht erfüllt, in guten und in bösen Tagen. Vieles ist im harten Kampf erreicht worden. Gewiß, manches hätte auch besser gehen können; die Schuld hieran liegt aber nicht beim Verband, sondern bei dem leider noch allzu großen Indifferentismus der Textilarbeiter und -arbeiterinnen.

Viel zu wenig wird darauf geachtet, die Organisationsfähigen in der eigenen Familie für den Verband zu gewinnen. Es ist ein ungesunder Zustand, das muß einmal offen gesagt werden, daß selbst Verbandsfunktionäre in ihrer eigenen Familie das Unorganisiertsein dulden. Ob es nun Frau oder ob es erwachsene Kinder sind, ist gleich. Wo das vorkommt, ist es entsetzlich zu verurteilen. Wie will ein solcher Funktionär zum Segen des Verbandes arbeiten können; wie will er andere, draußen in der Fabrik, im Web- und Spinnstuhl, in der Stopperei oder Appretur für den Verband gewinnen können, wenn es bekannt wird, daß selbst in der eigenen Haushaltung des Kollegen etwas faul im Staate Dänemark ist. Hier gilt es, den Hebel anzusetzen. Das tue jeder für sich an seinem Platze. Soweit die Geschäftsführung behilflich dabei sein kann, wird dies gewiß gerne geschehen.

Sehe sich daraufhin einmal jeder seine eigene Familie an; es muß da Wandel geschaffen werden. Unsere Funktionäre und alten Verbandskollegen müssen auch in dieser Beziehung uns offen ins Auge sehen dürfen.

Also heran im neuen Jahre und auch jene zur Pflichterfüllung erzogen, die zur Familie gehören. Unsere Zeit verlangt von uns ganze Arbeit; erfüllen wir sie. Wird unsere Mahnung beherzigt, und warum sollte sie das nicht, so versprechen wir uns davon einen erkedlichen Mitgliederzuwachs. Wir wissen nur zu gut, wer und wo man in der Beziehung seine Pflicht tut und wo nicht.

Kollegen und Kolleginnen, sorgt dafür, daß wir die vorgenannten Klagen nicht noch einmal aussprechen müssen. Es gilt, die Reihen zu schließen und ein geringes Opfer gerne zu bringen, damit, wenn der unselige Krieg endlich zu Ende geht und unsere Kollegen wieder aus dem Felde zurückkehren, der Verband noch kräftig dasteht.

Sorge jeder dafür, daß er nicht zurückzustehen braucht vor jenen Kollegen, die vor 25 Jahren den Verband gründen halfen und seitdem in Treue zum Verband gestanden haben.

Aachen. Es wird in Arbeiterkreisen vielfach das Gerücht verbreitet, daß innerhalb einiger Wochen die Hilfsaktion für Textilarbeiter eingestellt würde. Grund hierzu soll das Hilfsdienstgesetz sein. Die diesbezüglichen Gerüchte sind willkürlich aus der Luft gegriffen. Die Hilfsaktion für Textilarbeiter, Zahlung von Erwerbslosenunterstützung an zum Teil Erwerbsbehränkte oder ganz Arbeitslose, geht unermindert weiter. Schon allein derjenigen Personen wegen, die dem neuen Gesetz nicht unterstellt sind: Jugendliche unter 17 Jahren und Leute über 60 Jahre, sowie alle Frauen und Mädchen. Natürlich müssen jene Textilarbeiter zwischen 17 und 60 Jahren, die arbeitslos sind, oder demnächst bei Zusammenlegung der Betriebe arbeitslos werden, versuchen, in einem Betriebe, der dem vaterländischen Hilfsdienst unterstellt ist, Arbeit zu erhalten. Nach § 8 des Hilfsdienstgesetzes soll jedoch bei Ueberweisung zu an-

derer Arbeit auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. — Ferner hat nach der Begriffs örtlich übliche Löhne zu Unklarheiten geführt. Die verschiedenen militärischen Stellen haben Hilfsdienstpflichtige in der Besetzung für die verschiedensten Verrichtungen gesucht. Es wurde die Meinung verbreitet, die militärischen Stellen böten als Lohn den Arbeitssuchenden den örtlich üblichen Tagelohn. Da dieser aber überall sehr gering ist, so war deshalb Unwille vorhanden. Eine Anfrage vom Bureau des Deutschen Textilarbeiterverbandes bei den zuständigen militärischen Instanzen ergab jedoch, daß dort selbst kein Augenblick daran gedacht worden ist, den knappen örtlich üblichen Tagelohn zu bieten. Unter örtlichem Lohn versteht die Militärverwaltung den üblichen Lohn derjenigen Berufsgruppe, der der Arbeitssuchende bis dahin angehört hat. So die Auslegung der Militärverwaltung bis jetzt. Der Hauptgrund der Verunsicherung ist damit wohl hinfällig. Unsere Meinung ist dazu jedoch, daß zukünftig bei Festlegung der Lohnhöhe auch die Verdiensthöhe derjenigen Arbeitergruppe in Betracht gezogen werden muß, dem der Hilfsdienstpflichtige zugeführt wird.

Das ist auch unsere Ansicht, und wir glauben, daß die militärischen Stellen es auch so meinen. Ist doch wiederholt von maßgebender Seite aus erklärt worden, daß die Löhne in der Rüstungsindustrie als Normallohne gelten sollen. Die Textilarbeiter brauchen danach nicht, wenn sie in die Metallindustrie übergehen, mit ihrem bisherigen Lohn als Textilarbeiter vorlieb zu nehmen, sondern können Metallarbeiterlöhne verlangen, also die Löhne der Gruppe, der sie zugeführt werden. Metallarbeiter würden danach eher, der Textilindustrie zugeführt, die Löhne verlangen können, die sie in der Gruppe hatten, aus der sie kamen. Glendelöhne sollen nicht gezahlt werden, worauf wir ja gerade unsere Hoffnung setzten, durch das neue Gesetz würden die Textilarbeiter allesamt ihre Löhne erheblich verbessern können. Von dem Arbeitervertreter im Kriegsamts, Genossen Schilde, ist uns das auch vorausgesagt worden. D. Red.

Aachen. Die Textilarbeiterverbände befürchten von der beschleunigten Zusammenlegung der Betriebe für Aachen und seine Textilindustrie und Arbeiterschaft erheblichen Schaden. Bis jetzt sind noch über 7000 Personen in der Textilindustrie beschäftigt. Zwei Drittel davon sind weibliche. Der größte Teil kommt für körperlich schwere Arbeit überhaupt nicht in Frage. Kriegsindustrie ist am Ort nicht in dem Maße vorhanden, um die dann freierwerdenden Arbeitskräfte aufnehmen zu können. Was hier an Arbeitern gesucht wird, sind gelernte Leute. Die nächste Möglichkeit, Arbeiter in größerer Zahl unterzubringen, ist in den staatlichen Munitionsfabriken bei Köln usw. Das eine Drittel Männer aber, das heute noch in der Aachener Textilindustrie steht, sind durchweg alte, schwache Leute, die für die Vermittlung nach auswärtig nicht in Frage kommen. Außerdem ist eine Zusammenlegung oder Aufhebung der Textilindustrie gar nicht nutzbringend und deshalb nicht empfehlenswert; der Produktivität wird damit nicht gedient, eher geschädigt. Die Aachener Textil- und Tuchindustrie umschließt in sich etwas Ganzes mit ihren Spinnereien, Tuchfabriken, Färbereien und Appreturanstalten. Ausgehend von diesen Gesichtspunkten, haben die beiden Textilarbeiterverbände an das Kriegsamts in Berlin folgendes dringende Telegramm am 11. Januar abgeschickt:

An das Kriegsamts Berlin.
Textilarbeiter Aachens bitten dringend, keine Zusammenlegung der Betriebe in Aachener Textilindustrie vorzunehmen. Tausende schwächliche Personen und zum größten Teil Arbeiterinnen werden arbeitslos. Keine Kriegs- und Munitionsindustrie in der Nähe. Zur Beschäftigung in Kriegsindustrie sind auch nur wenige verwendbar. Eigenartige Zusammenlegung in der Aachener Textilindustrie erfordert Zulassung der gesamten Industrie als Vollbetrieb. Begründung folgt.
Deutscher Textilarbeiterverband.
Ludwig Kubnen.
Christlicher Textilarbeiterverband.
Ewald Weber.

In einer ausführlichen schriftlichen Eingabe an das Kriegsamts ist die Stellung der Textilarbeiterverbände zu der Frage begründet.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 21. Januar, ist der

3. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 4. Nordhorn. K: Maria Stuttruder, Krankenhausastraße 151.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Aachen. Peter Conzen, Färber, 67 J., Lungentzündung und Unterernährung.

Grimmshaus. Bernhard Gerhardt, 57 J., Zophannes Oehring, Blinddarmeroperation.

Fischerwalde. Karl Glöckner, 58 J., Lufttröhrenentzündung.

Frankenberger. Julius Gerlach, Lungentzündung.

Gelsenau. Karl Hermann Voigtmann, Ehrenfriedersdorf, 58 J. Glauchau. Gottlieb Dittich,

69 J., Magen- und Nierenleiden.
Greiz. Emma Forner, Weberin, Dölan, 66 J., Herzschlag.
Hamburg, Bez. Schiffbet. Auguste Greve, Spinnerin, 17 J.
Limbad i. Sa. Konrad Walter Schramm, Spuler, Meinersdorf, 18 J., Zuckerkrankheit.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges geforderte Mitglieder.

Gelsenau. Oskar Franz Emmrich, Birker, 22 J.

Greiz. Otto Rapp, Färbereiarbeiter, 29 J.
Kolbemoor. Georg Kondula. Josef Schindler.

Eure ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.
Sonntag, 21. Januar.

Aachen. Vormittags 11 Uhr, bei Kettentis, Eisfischmarktstraße. Tagesordnung: Abrechnung. Jahresbericht. Zivildienstgesetz.

Privat-Anzeigen.

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Andreasstr. 17, in der Geschäftsstelle.

Telefon: Königsplatz, Nr. 1873.

Mittwoch, den 31. Januar 1917, abends 8 Uhr im Lokal Nowotnik, Lannestr. 30:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kassen- und Geschäftsbericht vom Jahre 1916.

2. Diskussion.

Die Mitglieder werden erucht, für einen guten Versammlungsbesuch zu sorgen.

Der Vorstand.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 20. Januar.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit 0 versehenen Artikel: Hermann Krüger, für alle andere Paul Bagener. — Druck: Bormärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.